

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2013/200766]

17 JANUARI 2013. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 3, vervangen bij de wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut;

Gelet op het protocol nr. S11/2012 van 10 september 2012 van het Sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 oktober 2012;

Gelet op advies 52.410/3 van de Raad van State, gegeven op 11 december 2012, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel en Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 3, § 1, tweede lid, van het besluit van de Regering van 17 juli 2003 tot bepaling van de rechtspositie van het contractueel personeel van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en van bepaalde organismen van openbaar nut worden de woorden "De secretaris-generaal" vervangen door de woorden "De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal".

Art. 2. Dit besluit treedt in werking op 1 februari 2013.

Art. 3. De Minister-President, bevoegd voor Begroting en Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 17 januari 2013.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President, Minister van Lokale Besturen

Karl-Heinz LAMBERTZ

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2013/200767]

17. JANUAR 2013 — Erlass der Regierung zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 87 § 1, abgeändert durch das Gesetz vom 16. Juli 1993, und § 3, ersetzt durch das Gesetz vom 8. August 1988;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Protokolls des Sektorenausschusses XIX der Deutschsprachigen Gemeinschaft Nr. S11/2012 vom 10. September 2012;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 18. Oktober 2012;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates Nr. 52.411/3, das am 11. Dezember 2012 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten, zuständig für das Personal und den Haushalt;

Nach Beratung;

Beschließt:

Artikel 1 - In Kapitel I des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Juni 2006, wird vor Artikel 1 ein neuer Abschnitt mit folgender Überschrift eingefügt: "Abschnitt 1 - Allgemeine Regeln und Stellenplan".

Art. 2 - Artikel 9 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt :

"Art. 9 - Die Offenerklärung von Stellen, die Zulassungen zur Probezeit und die Ernennungen der Stufen I und II+ werden durch die Regierung beschlossen. Für die übrigen Stufen beschließt der für den öffentlichen Dienst zuständige Minister. Was die Stufen III und IV angeht, kann er diese Befugnis ganz oder teilweise dem Generalsekretär oder dessen Stellvertreter delegieren, der nach Beratung mit dem Direktionsrat beschließt."

Art. 3 - Vor Artikel 10 desselben Erlasses wird ein neuer Abschnitt mit folgender Überschrift eingefügt: "Abschnitt 2 — Organisation".

Art. 4 - Artikel 10 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 10 - Der Generalsekretär leitet das Ministerium und überwacht die Ausführung der Beschlüsse der Regierung.

Der Generalsekretär ist Vorgesetzter aller Bediensteten des Ministeriums und hat umfassende Weisungsbefugnis.

Die Regierung bestellt für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren stellvertretende Generalsekretäre unter den Beamten mit einem Dienstgrad des Ranges I.B mit der Bewertung positiv, die per Delegation Führungsaufgaben für das gesamte Ministerium wahrnehmen und mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet werden. Im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben haben sie Weisungsbefugnis gegenüber den Bediensteten des Ministeriums.

Die in vorliegendem Erlass vorgesehenen spezifischen Entscheidungsbefugnisse des Generalsekretärs können per Delegation einem stellvertretenden Generalsekretär übertragen werden."

Art. 5 - In denselben Erlass wird folgender neuer Artikel 10.1 eingefügt:

"Art. 10.1. — Die Bestellung der stellvertretenden Generalsekretäre erfolgt auf Vorschlag des Generalsekretärs nach einem Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil und dem anschließenden Vergleich der Eignung und Fähigkeiten aller zulässigen Bewerber im Hinblick auf die Führungsaufgabe durch den Generalsekretär.

Aufgrund schwerwiegender Fehlleistungen kann die Regierung auf Vorschlag des Generalsekretärs, der den Betroffenen zuvor angehört hat, die Bestellung eines stellvertretenden Generalsekretärs vorzeitig beenden."

Art. 6 - Artikel 11 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 wird wie folgt ersetzt: "§ 1 - Der Direktionsrat des Ministeriums hat mindestens drei Mitglieder und setzt sich aus dem Generalsekretär und den stellvertretenden Generalsekretären zusammen. Der Generalsekretär hat den Vorsitz inne. Bei seiner Abwesenheit kann er sich durch ein anderes Direktionsratsmitglied für die Ausübung des Vorsitzes vertreten lassen."

2. § 2 wird wie folgt ersetzt: "§ 2 - Der Direktionsrat sorgt für eine koordinierte innere Führung des Ministeriums und befasst sich im von der Regierung vorgegebenen Rahmen mit der strategischen Ausrichtung der Arbeit des Ministeriums. Er erleichtert den Informationsaustausch und die Koordination zwischen den Diensten des Ministeriums.

Für zu erlassende personalrechtliche Vorschriften und für allgemeine Maßnahmen zur Organisation des Ministeriums und zur Ausführung des Statuts der Bediensteten des Ministeriums gibt er im Voraus seine begründete Stellungnahme ab. Er kann aus eigener Initiative der Regierung oder einem Minister ein Gutachten zu einem allgemeinen Verwaltungsproblem unterbreiten. Außerdem verfügt er über die in diesem Statut oder anderen Regeltextrn vorgesehenen Befugnisse."

3. in § 3 wird der erste Absatz gestrichen.

Art. 7 - In denselben Erlass wird folgender neuer Artikel 11.1 eingefügt:

"Art. 11.1. - Alle Geschäftsfelder des Ministeriums werden von der Regierung in Fachbereiche eingeteilt, die jeweils von einem Fachbereichsleiter sachlich und personell geleitet werden, der mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet wird. Die Fachbereichsleiter haben Weisungsbefugnis gegenüber ihren Mitarbeitern. Die Fachbereiche unterstehen der unmittelbaren Sachverantwortung des für die betreffenden Angelegenheiten zuständigen Ministers."

Art. 8 - In denselben Erlass wird folgender neuer Artikel 11.2 eingefügt:

"Art. 11.2. — Die Regierung bestellt für einen erneuerbaren Zeitraum von fünf Jahren Fachbereichsleiter unter den beamteten, vertraglichen oder vom Unterrichtswesen mit einem Auftrag für das Ministerium versehenen Bediensteten mit der Bewertung positiv.

Die Bestellung erfolgt auf Vorschlag des Direktionsrates, nach einem Bewerberaufruf mit Anforderungsprofil durch den Vorsitzenden des Direktionsrates und dem anschließenden Vergleich der Eignung und Fähigkeiten aller Bewerber im Hinblick auf die Führungsaufgabe durch den Direktionsrat.

Aufgrund schwerwiegender Fehlleistungen kann die Regierung auf Vorschlag des Direktionsrates, der den Betroffenen zuvor angehört hat, die Bestellung eines Fachbereichsleiters vorzeitig beenden."

Art. 9 - Artikel 14 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 wird wie folgt ersetzt: "Die Programme der Prüfungen im Wettbewerbsverfahren werden vom Generalsekretär des Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder seinem Stellvertreter nach Beratung mit dem Geschäftsführenden Verwalter des Selor sowie nach Beratung mit dem Direktionsrat, in Absprache mit dem Leiter des Fachbereichs, für den die Anwerbung bestimmt ist, festgelegt."

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: "Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter beschließt nach Beratung mit dem Direktionsrat, ob eine Anwerbungsreserve gebildet wird, und legt gegebenenfalls die Gültigkeitsdauer fest. Diese Gültigkeitsdauer kann ein einziges Mal nach demselben Verfahren verlängert werden. Die erfolgreichen Prüfungsteilnehmer, die klassiert wurden, werden über die Verlängerung in Kenntnis gesetzt."

Art. 10 - Artikel 15 § 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Spezifische Anwerbungsbedingungen können auferlegt werden, wenn das zu vergebende Amt dies erforderlich macht. Sie werden von der Regierung nach Beratung mit dem Geschäftsführenden Verwalter des Selor sowie nach Beratung mit dem Direktionsrat, in Absprache mit dem Leiter des Fachbereichs, für den die Anwerbung bestimmt ist, festgelegt."

Art. 11 - Artikel 23 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Die Probezeit wird im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft absolviert unter Aufsicht des Leiters des Fachbereichs, in dem die Probezeit stattfindet."

Art. 12 - In Artikel 24 desselben Erlasses wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:

"Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter ergreift Maßnahmen zur Integration der Anwärter und zur Ausbildung der Anwärter oder Beamten."

Art. 13 - Artikel 26 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Der Leiter des Fachbereichs, in dem die Probezeit absolviert wird, erstellt nach jedem Monat und am Ende der Probezeit einen Probezeitbericht. Der Anwärter muss den Bericht unmittelbar zur Kenntnisnahme visieren. Es wird ihm eine Kopie überlassen."

Art. 14 - In Artikel 27 desselben Erlasses wird im ersten Satz das Wort "Bewertung" durch das Wort "Einschätzung" und das Wort "folgende" durch das Wort "folgenden" ersetzt.

Art. 15 - In Artikel 28 desselben Erlasses werden die Wörter "an den bewertenden Abteilungsleiter und an den Direktionsrat" durch die Wörter "an den Fachbereichsleiter und an den Generalsekretär oder seinen Stellvertreter" ersetzt.

Art. 16 - In Artikel 29 desselben Erlasses werden die Wörter "der bewertende Abteilungsleiter dem Direktionsrat" durch die Wörter "der Fachbereichsleiter dem Generalsekretär oder seinem Stellvertreter" ersetzt.

Art. 17 - In Artikel 32 Absatz 1 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 27. April 2000, werden nach den Wörtern "Der Generalsekretär" die Wörter "oder sein Stellvertreter" eingefügt.

Art. 18 - In Artikel 38 § 2 desselben Erlasses, abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird der Absatz 2 wie folgt ersetzt:

"Der Bewertungsbericht ist nach den Bewertungskriterien gegliedert. Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter bestimmt die weitere Form des Berichts."

Art. 19 - Artikel 39 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt ersetzt :

"Art. 39 - § 1 - Der Beamte wird zunächst vom unmittelbaren Vorgesetzten zu einem Gespräch eingeladen mit dem Ziel, Erkenntnisse zu beurteilungsrelevanten Sachverhalten zu erhalten und die Bewertung vorzubereiten. Grundlage bilden die in Artikel 38 § 2 angeführten Bewertungskriterien.

Der unmittelbare Vorgesetzte fasst nach dem Gespräch einen Erkenntnisbericht ab. Der Bericht wird dem Beamten ausgehändigt, der berechtigt ist, Anmerkungen zu machen. Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter legt die weitere Form des Berichts fest.

Der Direktionsrat bestimmt die unmittelbaren Vorgesetzten, die der Generalsekretär oder dessen Stellvertreter im Voraus bekannt macht. Es kann sich hierbei um Beamte, um Vertragsbedienstete und um vom Unterrichtswesen mit einem Auftrag für das Ministerium versehene Bedienstete handeln.

§ 2 - Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter nimmt die Bewertung nach Durchsicht des Erkenntnisberichtes und nach einem Gespräch mit dem Beamten vor."

Art. 20 - Artikel 41 § 1 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - In Abweichung von Artikel 39 nimmt der Generalsekretär die Bewertung der Fachbereichsleiter auf der Grundlage eines Erkenntnisberichtes seines zuständigen Stellvertreters und nach dem in Artikel 39 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Gespräch vor.

Für die übrigen Beamten, deren unmittelbar Vorgesetzter der Generalsekretär oder sein Stellvertreter ist, nimmt der Generalsekretär oder sein Stellvertreter jeweils die Bewertung ohne Erkenntnisbericht und ohne Erkenntnisgespräch, aber nach dem in Artikel 39 § 1 Absatz 1 vorgesehenen Gespräch vor."

Art. 21 - Artikel 62 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Der Aufstieg ist einer vom Geschäftsführenden Verwalter des Selor organisierten Aufstiegsprüfung im Wettbewerbsverfahren untergeordnet, über deren Abhaltung jeweils der Direktionsrat befindet. Das Programm der Prüfung wird vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter nach Beratung mit dem Geschäftsführenden Verwalter des Selor sowie nach Beratung mit dem Direktionsrat festgelegt."

Art. 22 - In Artikel 69 Absatz 1 desselben Erlasses werden die Wörter "des Personals" durch die Wörter "der Bediensteten" ersetzt.

Art. 23 - In Artikel 87.1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007 werden nach den Wörtern "des Generalsekretärs" die Wörter "oder dessen Stellvertreters" eingefügt.

Art. 24 - Artikel 87.2 § 1 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird wie folgt ersetzt:

"§ 1 - Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter kann einem Personalmitglied, das Führungs- und Leitungsaufgaben in einem bestimmten Arbeitsbereich wahrnimmt, nach Gutachten des Direktionsrates eine Zulage gewähren.

Unter Personalmitglied versteht man einen Vertragsbediensteten, einen Anwärter oder einen Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einen vom Unterrichtswesen mit einem Auftrag für das Ministerium versehenen Bediensteten.

Die Fachbereichsleiter erhalten die Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben von Rechts wegen.

In Abweichung von Absatz 1 kann den Mitgliedern des Direktionsrates diese Zulage ausschließlich von dem für das Personal zuständigen Minister gewährt werden."

Art. 25 - Artikel 87.3 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 5. Juli 2007, wird durch die folgenden beiden Absätze ersetzt:

"In Abweichung von Absatz 1 streicht der Generalsekretär oder sein Stellvertreter nach Gutachten des Direktionsrates vorzeitig die Zulage, wenn das Personalmitglied nicht mehr Fachbereichsleiter ist beziehungsweise keine Führungs- und Leitungsaufgaben mehr wahrnimmt.

In Abweichung von Absatz 1 streicht der für das Personal zuständige Minister vorzeitig die Zulage, wenn das Personalmitglied aus dem Direktionsrat ausscheidet und keine Führungs- und Leitungsaufgaben mehr wahrnimmt."

Art. 26 - Artikel 89 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert :

1. in § 2 werden nach den Wörtern "dem Generalsekretär" die Wörter "oder seinem Stellvertreter" eingefügt.

2. in § 3 Absatz 2 werden nach den Wörtern "Der Generalsekretär" die Wörter "oder sein Stellvertreter" eingefügt.

Art. 27 - In Artikel 91 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "Der Generalsekretär" die Wörter "oder sein Stellvertreter" eingefügt.

Art. 28 - Artikel 104 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 104 - Sofern nicht anders geregelt, werden die Urlaube, Dienstbefreiungen und sonstigen Abwesenheiten vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter oder von einem von ihm bestimmten Vertreter gewährt.

In jedem Fall werden für die Fachbereichsleiter die Urlaube, Dienstbefreiungen und sonstigen Abwesenheiten vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter oder von einem von ihm bestimmten Vertreter gewährt."

Art. 29 - Artikel 105 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Der Jahresurlaub wird durch den Fachbereichsleiter gewährt. Der Fachbereichsleiter kann gegebenenfalls ein anderes Personalmitglied seines Fachbereichs mit der Gewährung des Urlaubs beauftragen."

Art. 30 - Artikel 117 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 2 werden nach den Wörtern "beim Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt;

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: "Die Entscheidung wird vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter nach Absprache mit dem betroffenen Fachbereichsleiter getroffen."

Art. 31 - Artikel 120 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 1 werden nach den Wörtern "beim Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt und das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt;

2. in Absatz 2 werden nach den Wörtern "der Generalsekretär" die Wörter "oder sein Stellvertreter" eingefügt.

Art. 32 - In Artikel 121 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 33 - In Artikel 125.1 Absatz 2 desselben Erlasses, eingefügt durch den Erlass der Regierung vom 19. Oktober 2006, werden nach den Wörtern "dem Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 34 - In Artikel 126 Absatz 2 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "des Generalsekretärs" die Wörter "oder seines Stellvertreters" eingefügt.

Art. 35 - Artikel 132 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert :

1. in § 2 Absatz 2 werden nach den Wörtern "den Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

2. in § 3 Absatz 2 werden nach den Wörtern "den Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 36 - Artikel 137 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in Absatz 2 wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt;

2. in Absatz 3 werden nach den Wörtern "den Generalsekretär" die Wörter "oder seinen Stellvertreter" eingefügt und das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 37 - In Artikel 139 Absatz 2 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 38 - In Artikel 154 Absatz 1 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "bevollmächtigte Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 39 - In Artikel 155 Absatz 2 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "bevollmächtigten Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 40 - In Artikel 158 desselben Erlasses wird der zweite Satz wie folgt ersetzt: "Die Verpflichtung zur Aus- und Weiterbildung wird vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter oder vom Fachbereichsleiter ausgesprochen."

Art. 41 - In Artikel 159 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 42 - Artikel 160 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt: "Der Fachbereichsleiter entscheidet innerhalb von zehn Arbeitstagen über die Anfrage des Beamten, und er teilt dem Beamten und dem Generalsekretär oder dessen Stellvertreter seine Entscheidung schriftlich mit."

2. Absatz 3 wird wie folgt ersetzt: "Der Betroffene hat ein Einspruchsrecht beim Generalsekretär oder dessen Stellvertreter, der endgültig entscheidet. Der Generalsekretär oder sein Stellvertreter informiert den Direktionsrat über Einsprüche."

Art. 43 - In Artikel 162 Absatz 2 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 44 - Artikel 168 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Art. 168 - Der Bildungsurlaub wird vom Generalsekretär oder seinem Stellvertreter nach Beratung mit dem Direktionsrat gewährt. Die Entscheidung legt die Anzahl Urlaubsstunden für die in Betracht gezogene Periode fest.

Der Beamte richtet seinen begründeten Antrag mindestens zwei Monate vor Beginn des gewünschten Urlaubs über den Dienstweg an den Generalsekretär oder dessen Stellvertreter. Der zuständige Fachbereichsleiter fügt seine Stellungnahme bei. Dem Antrag ist eine Studienbeschreibung sowie eine Aufstellung über die vorgesehenen Abwesenheitszeiten beigefügt."

Art. 45 - Artikel 169 desselben Erlasses wird wie folgt abgeändert:

1. in § 3 werden nach den Wörtern "dem Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt;

2. in § 5 werden nach den Wörtern "Der Generalsekretär" die Wörter "oder sein Stellvertreter" eingefügt.

Art. 46 - In Artikel 170 Absatz 1 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 47 - In Artikel 171 Absatz 1 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "der Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 48 - In Artikel 172 Absatz 1 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "des Generalsekretärs" die Wörter "oder dessen Stellvertreters" eingefügt.

Art. 49 - In Artikel 173 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "den Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt und das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 50 - In Artikel 174 desselben Erlasses, ersetzt durch den Erlass der Regierung vom 13. März 2008, wird das Wort "Abteilungsleiter" durch die Wörter "Generalsekretär oder sein Stellvertreter" ersetzt.

Art. 51 - Artikel 175 Absatz 2 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt: "Der für das Personal zuständige Minister trifft nach Stellungnahme des betroffenen Fachbereichsleiters und des Generalsekretärs oder dessen Stellvertreters seine Entscheidung und teilt dem Beamten diese schriftlich mit."

Art. 52 - In Artikel 187 §§ 2 und 3 desselben Erlasses wird das Wort "Abteilungsleiter" durch das Wort "Fachbereichsleiter" ersetzt.

Art. 53 - In Artikel 199 Absatz 1 desselben Erlasses werden die Wörter "Abteilungsleiter und Generalsekretär" durch die Wörter "die Mitglieder des Direktionsrates" ersetzt.

Art. 54 - Artikel 201 Absatz 1 desselben Erlasses wird wie folgt ersetzt:

"Der Vorschlag zur Verhängung der Disziplinarstrafe geht vom zuständigen Fachbereichsleiter aus. Betrifft der Vorschlag einen Fachbereichsleiter, geht er vom Generalsekretär oder dessen Stellvertreter aus, betrifft er ein Mitglied des Direktionsrates, geht er von dem für das Personal zuständigen Minister aus."

Art. 55 - In Artikel 217 Absatz 1 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "beim Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt.

Art. 56 - In Artikel 221 desselben Erlasses werden nach den Wörtern "vom Generalsekretär" die Wörter "oder dessen Stellvertreter" eingefügt und die Wörter "Artikel 10 Abs. 2" durch die Wörter "Artikel 24 Absatz 1" ersetzt.

Art. 57 - Die Verwaltungsdirektoren, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses Mitglied des Direktionsrates sind und bisher einer Abteilung des Ministeriums vorstanden, sind ab demselben Zeitpunkt für fünf Jahre zu stellvertretenden Generalsekretären bestellt.

Art. 58 - Mitarbeiter, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses Empfänger der in Anwendung von Artikel 87.2. des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten festgelegten Zulage für Führungs- und Leitungsaufgaben sind und die einem Fachbereich des Ministeriums vorstehen, sind ab demselben Zeitpunkt für fünf Jahre zu Fachbereichsleitern bestellt.

Art. 59 - Vorliegender Erlass tritt am 1. Februar 2013 in Kraft.

Art. 60 - Der Ministerpräsident, zuständig für das Personal, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt

Eupen, den 17. Januar 2013

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Der Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2013/200767]

17 JANVIER 2013. — Arrêté du Gouvernement modifiant l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 87, § 1^{er}, modifié par la loi du 16 juillet 1993, et § 3, remplacé par la loi du 8 août 1988;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu le protocole S11/2012 du Comité de secteur XIX de la Communauté germanophone du 10 septembre 2012;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 18 octobre 2012;

Vu l'avis 52.411/3 du Conseil d'État, donné le 11 décembre 2012, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, de Budget et de Finances;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dans le chapitre I^{er} de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 19 juin 2006, il est inséré, avant l'article 1^{er}, une nouvelle section intitulée "Section 1^{re}. — Règles générales et cadre du personnel".

Art. 2 - L'article 9 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Art. 9. Les déclarations de vacance d'emplois, les admissions au stage et les nominations aux niveaux I et II+ sont décidées par le Gouvernement. Pour les autres niveaux, c'est le ministre compétent en matière de fonction publique qui décide. En ce qui concerne les niveaux III et IV, il peut déléguer ses compétences, en tout ou en partie, au secrétaire général ou secrétaire général suppléant qui décide après avoir consulté le conseil de direction."

Art. 3. Avant l'article 10, il est inséré une nouvelle section intitulée "Section 2. — Organisation"

Art. 4. L'article 10 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Art. 10 - Le secrétaire général dirige le Ministère et contrôle l'exécution des décisions du Gouvernement.

Le secrétaire général est le supérieur de tous les agents du Ministère et exerce une autorité globale.

Le Gouvernement désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, des secrétaires généraux suppléants parmi les agents revêtus d'un grade du rang I.B ayant une évaluation positive; ceux-ci exercent, par délégation, des missions de management pour l'ensemble du Ministère et sont dotés des compétences nécessaires. Dans le cadre des missions qui leur sont déléguées, ils ont autorité vis-à-vis des agents du Ministère.

Les compétences décisionnelles spécifiques du secrétaire général prévues par le présent arrêté peuvent être déléguées à un secrétaire général suppléant."

Art. 5. Dans le même arrêté, il est inséré un article 10.1, rédigé comme suit :

"Art. 10.1. La désignation des secrétaires généraux suppléants s'effectue sur proposition du secrétaire général, formulée après avoir lancé un appel aux candidats contenant le profil exigé et comparé l'aptitude et les capacités de tous les candidats admissibles quant à la mission de management.

Le Gouvernement peut, en raison de manquements graves, mettre prématurément fin à la désignation d'un secrétaire général suppléant, et ce sur proposition du secrétaire général qui aura au préalable entendu l'intéressé."

Art. 6. A l'article 11 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit : "§ 1^{er}. Le conseil de direction du Ministère compte au moins trois membres et se compose du secrétaire général et des secrétaires généraux suppléants. Le secrétaire général assure la présidence. En cas d'absence, il peut se faire remplacer par un autre membre du conseil de direction pour l'exercice de la présidence."

2^o le § 2 est remplacé par ce qui suit : "§ 2. Le conseil de direction veille à une direction coordonnée du Ministère et définit, dans le cadre établi par le Gouvernement, l'orientation stratégique du travail accompli par le Ministère. Il facilite l'échange d'informations et la coordination entre les services du Ministère.

Il donne un avis motivé préalablement aux réglementations à prendre en matière de personnel et aux mesures générales d'exécution du statut des agents du Ministère. D'initiative, il peut rendre au Gouvernement ou à un ministre un avis relatif à un problème d'administration générale. En outre, il dispose des compétences prévues dans ce statut et dans d'autres textes réglementaires."

3^o dans le § 3, le premier alinéa est abrogé.

Art. 7. Dans le même arrêté, il est inséré un article 11.1, rédigé comme suit :

"Art. 11.1. Le Gouvernement répartit tous les domaines d'activité du Ministère en départements, chacun d'eux étant dirigé, tant du point de vue fonctionnel qu'en matière de personnel, par un chef de département doté des compétences nécessaires. Les chefs de département ont autorité vis-à-vis de leur collaborateurs. Les chefs de département sont placés sous la responsabilité directe du ministre compétent pour les matières concernées."

Art. 8. Dans le même arrêté, il est inséré un article 11.2, rédigé comme suit :

"Art. 11.2. Le Gouvernement désigne, pour une période renouvelable de cinq ans, des chefs de département parmi les agents ayant une évaluation positive, qu'ils soient statutaires, contractuels ou détachés de l'enseignement et chargés d'une mission auprès du Ministère.

La désignation s'effectue sur proposition du conseil de direction, après que son président ait lancé un appel aux candidats contenant le profil exigé et que le conseil de direction ait comparé l'aptitude et les capacités de tous les candidats quant à la mission de management.

Le Gouvernement peut, en raison de manquements graves, mettre prématurément fin à la désignation d'un chef de département, et ce sur proposition du conseil de direction qui aura au préalable entendu l'intéressé."

Art. 9. A l'article 14 du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit : "Les programmes des concours de recrutement sont établis par le secrétaire général du Ministère de la Communauté germanophone ou le secrétaire général suppléant après concertation avec l'Administrateur délégué de Selor et après concertation avec le conseil de direction, en accord avec le chef du département pour lequel le recrutement est destiné."

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit : "Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant décide après concertation avec le conseil de direction si une réserve de recrutement doit être constituée et, le cas échéant, en fixe la durée de validité. Celle-ci ne peut être prolongée qu'une fois selon la même procédure. Les lauréats classés sont informés de la prolongation."

Art. 10. L'article 15, § 1^{er}, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, est remplacé par ce qui suit :

"§ 1^{er}. Des conditions spécifiques de recrutement peuvent être imposées si la fonction à conférer l'exige. Elles sont fixées par le Gouvernement après concertation avec l'Administrateur délégué de Selor et après concertation avec le conseil de direction, en accord avec le chef du département pour lequel le recrutement est destiné."

Art. 11. Article 23, alinéa 1^{er}, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Le stage est effectué au Ministère de la Communauté germanophone, sous l'autorité du chef du département où se déroule le stage."

Art. 12. Dans l'article 24 du même arrêté, un alinéa rédigé comme suit est inséré avant l'alinéa 1^{er} :

"Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant prend des mesures pour l'intégration des stagiaires et pour la formation des stagiaires ou des agents."

Art. 13. L'article 26 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Le chef du département dans lequel se déroule le stage établit, après chaque mois et à la fin du stage, un rapport de stage. Le stagiaire doit viser immédiatement ce rapport pour attester qu'il en a pris connaissance. Il en reçoit copie."

Art. 14. Dans la première phrase de l'article 27 du même arrêté, les mots "l'évaluation d'un candidat" sont remplacés par les mots "l'appréciation portée sur le candidat".

Art. 15. Dans l'article 28 du même arrêté, la seconde phrase est remplacée par ce qui suit : "Cet avis est adressé simultanément au chef de département et au secrétaire général ou secrétaire général suppléant."

Art. 16. L'article 29 du même arrêté est remplacé par ce qui suit : "A l'issue du stage, le chef de département communique dans les 20 jours ouvrables au secrétaire général ou secrétaire général suppléant ses rapports de stage ainsi que le rapport final accompagnés de la recommandation qu'il formule au conseil de direction."

Art. 17. Dans l'article 32, alinéa 1^{er}, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 27 avril 2000, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "Le secrétaire général".

Art. 18. L'article 38, § 2, du même arrêté, modifié par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

"Le rapport d'évaluation est structuré d'après les critères d'évaluation. Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant détermine plus précisément la forme de ce rapport."

Art. 19. L'article 39 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

"Art. 39. § 1^{er}. Le supérieur hiérarchique immédiat invite d'abord l'agent à un entretien afin de recueillir des informations pertinentes pour l'évaluation et de préparer celle-ci. Les critères d'évaluation mentionnés à l'article 38, § 2, serviront de base.

Après l'entretien, le supérieur hiérarchique immédiat établit un rapport. Ce rapport est remis à l'agent, qui peut y indiquer ses remarques. Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant détermine plus précisément la forme de ce rapport.

Le conseil de direction désigne les supérieurs hiérarchiques immédiats dont le nom a d'abord été communiqué par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant. Il peut s'agir d'agents statutaires, contractuels ou détachés de l'enseignement chargés d'une mission auprès du Ministère.

§ 2. Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant procédera à l'évaluation après examen dudit rapport et après un entretien avec l'agent."

Art. 20. L'article 41, § 1^{er}, du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

"§ 1^{er}. Par dérogation à l'article 39, c'est le secrétaire général qui procède à l'évaluation pour les chefs de département, et ce sur la base d'un rapport établi par le secrétaire général suppléant compétent et après l'entretien prévu à l'article 39, § 1^{er}, alinéa 1^{er}."

Pour les autres agents dont le supérieur hiérarchique immédiat est le secrétaire général ou un secrétaire général suppléant, le secrétaire général ou secrétaire général suppléant procède à l'évaluation sans rapport ni entretien si ce n'est celui prévu à l'article 39, § 1^{er}, alinéa 1^{er}."

Art. 21. L'article 62, alinéa 2, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"L'accession à un niveau supérieur est soumise à un concours d'accession organisé par l'Administrateur délégué de Selor sur décision du Conseil de direction. Le programme du concours est établi par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant après concertation avec l'Administrateur délégué de Selor et après concertation avec le conseil de direction.

Art. 22. Dans l'article 69, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "du personnel" sont remplacés par les mots "des agents".

Art. 23. Dans l'article 87.1 du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "du secrétaire général".

Art. 24. L'article 87.2, § 1^{er}, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

"§ 1^{er}. Sur avis du conseil de direction, le secrétaire général ou secrétaire général suppléant peut octroyer une allocation au membre du personnel qui assure des missions de management et d'encadrement dans un certain domaine d'activités.

Par membre du personnel, l'on entend l'agent contractuel, le stagiaire ou l'agent statutaire du Ministère de la Communauté germanophone, ainsi que l'agent détaché de l'enseignement et chargé d'une mission auprès du Ministère.

Les chefs de département obtiennent de droit l'allocation pour missions de management et d'encadrement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, cette allocation ne peut être accordée aux membres du conseil de direction que par le ministre compétent en matière de Personnel."

Art. 25. L'article 87.3, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 5 juillet 2007, est remplacé par ce qui suit :

"Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le secrétaire général ou secrétaire général suppléant supprime prématurément l'allocation, sur avis du conseil de direction, si le membre du personnel n'est plus chef de département ou n'assure plus de mission de management ou d'encadrement.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le ministre compétent en matière de Personnel supprime prématurément l'allocation lorsque le membre du personnel démissionne du conseil de direction et n'assure plus de mission de management ou d'encadrement."

Art. 26. A l'article 89 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général";

2° au § 3, alinéa 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 27. Dans l'article 91 du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 28. L'article 104 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Art. 104. Sauf disposition contraire, les congés, dispenses de service et autres absences sont octroyés par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant ou par un délégué désigné par lui.

Dans tous les cas, en ce qui concerne les chefs de département, les congés, dispenses de service et autres absences sont octroyés par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant ou par un délégué désigné par lui."

Art. 29. L'article 105, alinéa 2, du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Le congé de vacances annuelles est accordé par le chef de département. Le cas échéant, le chef de département peut confier à un autre membre du personnel de son département la charge d'accorder les congés."

Art. 30. A l'article 117 du même arrêté les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général";

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit : "La décision est prise par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant en concertation avec le chef de département concerné."

Art. 31. A l'article 120 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 1^{er}, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général" et les mots "chef de division" remplacés par les mots "chef de département";

2° dans l'alinéa 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 32. Dans l'article 121 du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 33. Dans l'article 125.1, alinéa 2, du même arrêté, inséré par l'arrêté du Gouvernement du 19 octobre 2006, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 34. Dans l'article 126, alinéa 2, du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 35. A l'article 132 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 2, alinéa 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général";

2° au § 3, alinéa 2, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 36. A l'article 137 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'alinéa 2, les mots "chef de division" remplacés par les mots "chef de département";

2° dans l'alinéa 3, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général" et les mots "chef de division" remplacés par les mots "chef de département".

Art. 37. Dans l'article 139, alinéa 2, du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 38. Dans l'article 154, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "ou le secrétaire général délégué à cet effet en est informé" sont remplacés par les mots ", le secrétaire général délégué à cet effet ou le secrétaire général suppléant en est informé."

Art. 39. Dans l'article 155, alinéa 2, du même arrêté, les mots "ou le secrétaire général délégué à cet effet" sont remplacés par les mots ", le secrétaire général délégué à cet effet ou le secrétaire général suppléant".

Art. 40. Dans l'article 158 du même arrêté, la deuxième phrase est remplacée par ce qui suit : "C'est le secrétaire général, le secrétaire général suppléant ou le chef de département qui décide du caractère obligatoire d'une formation ou formation continue."

Art. 41. Dans l'article 159, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 42. A l'article 160 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit : "Le chef de département statue dans les dix jours ouvrables sur la demande introduite par l'agent et communique sa décision par écrit à l'agent et au secrétaire général ou secrétaire général suppléant.";

2° l'alinéa 3 est remplacé par ce qui suit : "L'intéressé a un droit de recours auprès du secrétaire général ou secrétaire général suppléant, lequel statue définitivement. Le secrétaire général ou secrétaire général suppléant informe le conseil de direction des recours introduits."

Art. 43. Dans l'article 162, alinéa 2, du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 44. L'article 168 du même arrêté est remplacé par ce qui suit :

"Art. 168. Le congé de formation est accordé par le secrétaire général ou secrétaire général suppléant après concertation avec le conseil de direction. La décision fixe le nombre d'heures du congé pour la période prise en considération.

Deux mois au moins avant le début du congé sollicité, l'agent introduit sa demande motivée par la voie hiérarchique auprès du secrétaire général ou secrétaire général suppléant. Le chef de département compétent joint son avis. La demande doit être accompagnée d'une description des cours et d'un relevé des périodes d'absence prévues."

Art. 45. A l'article 169 du même arrêté, les modifications suivantes sont apportées :

1° au § 3, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général";

2° au § 5, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 46. Dans l'article 170, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 47. Dans l'article 171, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 48. Dans l'article 172, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 49. Dans l'article 173 du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général" et les mots "chef de division" remplacés par les mots "chef de département".

Art. 50. Dans l'article 174 du même arrêté, remplacé par l'arrêté du Gouvernement du 13 mars 2008, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "secrétaire général ou secrétaire général suppléant".

Art. 51. L'article 175, alinéa 2, du même arrêté est remplacé par ce qui suit : "Le ministre compétent en matière de Personnel prend sa décision sur avis du chef de département concerné et du secrétaire général ou secrétaire général suppléant et la communique par écrit à l'agent."

Art. 52. Dans l'article 187, §§ 2 et 3, du même arrêté, les mots "chef de division" sont remplacés par les mots "chef de département".

Art. 53. Dans l'article 199, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "les chefs de division et le secrétaire général" sont remplacés par les mots "les membres du conseil de direction".

Art. 54. L'article 201, alinéa 1^{er}, du même arrêté, est remplacé par ce qui suit :

"La proposition de peine disciplinaire émane du chef de département compétent. Si la proposition concerne un chef de département, elle émane du secrétaire général ou secrétaire général suppléant; si elle concerne un membre du conseil de direction, elle émane du ministre compétent en matière de Personnel."

Art. 55. Dans l'article 217, alinéa 1^{er}, du même arrêté, les mots "ou secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général".

Art. 56. Dans l'article 221 du même arrêté, les mots ", le secrétaire général suppléant" sont insérés après les mots "secrétaire général" et les mots "l'article 10, alinéa 2" remplacés par les mots "article 24, alinéa 1^{er}".

Art. 57. Les directeurs d'administration qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, sont membres du conseil de direction et dirigeaient jusqu'alors une division du Ministère sont désignés comme secrétaires généraux suppléants pour cinq ans à partir du même moment.

Art. 58. Les membres du personnel qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, bénéficient de l'allocation de management et d'encadrement fixée en application de l'article 87.2 de l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents et dirigent un département du Ministère, sont désignés comme chefs de département pour cinq ans à partir du même moment.

Art. 59. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} février 2013.

Art. 60. Le Ministre-Président, compétent en matière de Personnel, est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 17 janvier 2013

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux,
Karl-Heinz LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2013/200767]

17 JANUARI 2013. — Besluit van de Regering tot wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 87, § 1, gewijzigd bij de wet van 16 juli 1993, en § 3, vervangen bij de wet van 8 augustus 1988;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op protocol nr. S11/2012 van sectorcomité XIX van de Duitstalige Gemeenschap van 10 september 2012;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 18 oktober 2012;

Gelet op advies 52.411/3 van de Raad van State, gegeven op 11 december 2012, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 1^o, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister-President, bevoegd voor Personeel en Begroting;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In hoofdstuk I van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 juni 2006, wordt vóór artikel 1 een nieuwe afdeling ingevoegd met het volgende opschrift : "Afdeling 1 - Algemene regels en personeelsformatie".

Art. 2. Artikel 9 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"Art. 9. Voor de niveaus I en II+ beslist de Regering over de vacantverklaring van betrekkingen, de toelatingen tot de stage en de benoemingen. Voor de andere niveaus wordt de beslissing genomen door de Minister bevoegd voor Openbaar Ambt. Wat de niveaus III en IV betreft, kan hij die bevoegdheden geheel of gedeeltelijk overdragen aan de secretaris-generaal of aan diens plaatsvervanger die beslist na overleg met de directieraad."

Art. 3. Vóór artikel 10 van hetzelfde besluit wordt een nieuwe afdeling ingevoegd met het volgende opschrift : "Afdeling 2. — Organisatie".

Art. 4. Artikel 10 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"Art. 10. De secretaris-generaal leidt het Ministerie en houdt toezicht op de uitvoering van de beslissingen van de Regering.

De secretaris-generaal is de hiërarchische meerdere van alle personeelsleden van het Ministerie en heeft algemene beslissingsbevoegdheid.

De Regering wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar plaatsvervangende secretarissen-generaal aan onder de ambtenaren met een graad behorend tot rang I.B die een positieve evaluatie hebben gekregen. De plaatsvervangende secretarissen-generaal vervullen bij wege van delegatie leidinggevende taken voor het hele Ministerie en krijgen de nodige bevoegdheden. In het kader van de aan hen gedelegeerde taken hebben ze beslissingsbevoegdheid ten aanzien van de personeelsleden van het Ministerie.

De specifieke beslissingsbevoegdheden van de secretaris-generaal waarin dit besluit voorziet, kunnen aan een plaatsvervangende secretaris-generaal worden gedelegeerd."

Art. 5. In hetzelfde besluit wordt een artikel 10.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 10.1. De aanwijzing van de plaatsvervangende secretarissen-generaal geschiedt op de voordracht van de secretaris-generaal, nadat een oproep tot de gegadigden is gedaan waarin het vereiste profiel is bekendgemaakt en de secretaris-generaal aansluitend de geschiktheid en de vaardigheden van alle in aanmerking komende gegadigden voor de leidinggevende taken heeft vergeleken.

Op de voordracht van de secretaris-generaal die de betrokkene vooraf gehoord heeft, kan de Regering de aanwijzing van een plaatsvervangende secretaris-generaal op grond van ernstige tekortkomingen voortijdig beëindigen."

Art. 6. In artikel 11 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o § 1 wordt vervangen als volgt : "§ 1. De directieraad van het Ministerie telt minstens drie leden en bestaat uit de secretaris-generaal en de plaatsvervangende secretarissen-generaal. De secretaris-generaal bekleedt het voorzitterschap. Wanneer hij afwezig is, kan hij zich laten vertegenwoordigen door een ander lid van de directieraad voor de uitoefening van het voorzitterschap."

2^o § 2 wordt vervangen als volgt : "§ 2. De directieraad van het Ministerie zorgt voor een gecoördineerde leiding van het Ministerie en zorgt, binnen de door de Regering gestelde perken, voor de strategische oriëntatie van het Ministerie. Hij vergemakkelijkt de uitwisseling van informatie en de coördinatie tussen de diensten van het Ministerie.

Hij brengt een voorafgaand en met redenen omkleed advies uit over nieuwe rechtspositionele bepalingen, alsook over algemene maatregelen die betrekking hebben op de organisatie van het Ministerie en de toepassing van het statuut van de personeelsleden van het Ministerie. Hij kan de Regering of een Minister uit eigen beweging een advies over een algemeen administratief probleem bezorgen. Bovendien beschikt hij over de bevoegdheden waarin dit statuut of andere reglementaire teksten voorzien."

3^o In § 3 wordt het eerste lid opgeheven.

Art. 7. In hetzelfde besluit wordt een artikel 11.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 11.1. De Regering deelt alle werkterreinen van het Ministerie in bij een departement; elk departement wordt qua werkwijze en qua personeel geleid door een departementshoofd dat de nodige bevoegdheden krijgt. De departementshoofden hebben beslissingsbevoegdheid ten aanzien van hun medewerkers. De departementen ressorteren rechtstreeks onder de Minister die bevoegd is voor de betrokken aangelegenheden."

Art. 8. In hetzelfde besluit wordt een artikel 11.2 ingevoegd, luidende :

"Art. 11.2. De Regering wijst voor een verlengbare termijn van vijf jaar departementshoofden aan onder de benoemde, contractuele of door het onderwijs met een opdracht voor het Ministerie belaste personeelsleden die een positieve evaluatie hebben gekregen.

De aanwijzing geschiedt op de voordracht van de directieraad nadat de voorzitter van de directieraad een oproep tot de gegadigden heeft gedaan waarin het vereiste profiel is bekendgemaakt en nadat de directieraad aansluitend de geschiktheid en de vaardigheden van alle in aanmerking komende gegadigden voor de leidinggevende taken heeft vergeleken.

Op de voordracht van de directieraad, die de betrokkene vooraf gehoord heeft, kan de Regering de aanwijzing van een departementshoofd op grond van ernstige tekortkomingen voortijdig beëindigen."

Art. 9. In artikel 14 van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o het tweede lid wordt vervangen als volgt : "De programma's van de vergelijkende examens worden vastgesteld door de secretaris-generaal van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of door diens plaatsvervanger, na overleg met de afgevaardigd bestuurder van Selor en na overleg met de directieraad, in samenspraak met het hoofd van het departement waarvoor de aanwerving bestemd is."

2° het derde lid wordt vervangen als volgt : "De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal beslist na overleg met de directieraad of een wervingsreserve wordt aangelegd en bepaalt in voorkomend geval de geldigheidsduur ervan. Deze geldigheidsduur kan slechts één keer volgens dezelfde procedure worden verlengd. De geslaagden die gerangschikt werden, worden op de hoogte gebracht van de verlenging."

Art. 10. Artikel 15, § 1, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, wordt gewijzigd als volgt :

"§ 1. Er kunnen bijzondere wervingsvoorwaarden worden opgelegd wanneer dit voor het te bekleden ambt noodzakelijk is. Ze worden bepaald door de Regering, na overleg met de afgevaardigd bestuurder van Selor en na overleg met de directieraad, in samenspraak met het hoofd van het departement waarvoor de aanwerving bestemd is."

Art. 11. In artikel 23 van hetzelfde besluit wordt het eerste lid vervangen als volgt :

"De stage wordt verricht in het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap, onder toezicht van het hoofd van het departement waar de stage plaatsvindt."

Art. 12. In artikel 24 van hetzelfde besluit wordt vóór het eerste lid een lid ingevoegd, luidende :

"De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal neemt maatregelen om de stagiairs te integreren en de stagiairs of ambtenaren op te leiden."

Art. 13. Artikel 26 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"Het hoofd van het departement waar de stage verricht wordt, maakt na elke maand en op het einde van de stage een stageverslag op. De stagiair moet dit verslag onmiddellijk voor gezien tekenen. Hij krijgt een afschrift ervan."

Art. 14. In artikel 27 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht : in de eerste zin wordt het woord "evaluatie" vervangen door het woord "inschatting" en worden de woorden "aanleg voor rendement" vervangen door het woord "inzet".

Art. 15. Artikel 28 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt : "Binnen tien werkdagen nadat de stagiair een verslag voor gezien heeft getekend, voegt hij eventueel zijn advies toe. Dat advies wordt tegelijk aan het departementshoofd dat de evaluatie toekent en aan de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal toegezonden."

Art. 16. Artikel 29 wordt gewijzigd als volgt : "Binnen twintig werkdagen na afloop van de stage deelt het departementshoofd dat de evaluatie toekent zijn verslagen en het eindverslag, samen met zijn aanbeveling voor de directieraad, mee aan de secretaris-generaal of aan diens plaatsvervanger."

Art. 17. In artikel 32, eerste lid, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 27 april 2000, worden de woorden "De Secretaris-generaal" vervangen door de woorden "De secretaris-generaal, diens plaatsvervanger".

Art. 18. In artikel 38, § 2, van hetzelfde besluit, gewijzigd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt het tweede lid vervangen als volgt :

"Het stageverslag is ingedeeld op basis van de evaluatiecriteria. De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal bepaalt de nadere vorm van het verslag."

Art. 19. Artikel 39 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt gewijzigd als volgt :

"Art. 39. § 1 - De onmiddellijke hiërarchische meerdere nodigt de ambtenaar uit tot een gesprek ten einde voor de evaluatie relevante gegevens te verkrijgen en de evaluatie voor te bereiden. De evaluatiecriteria vermeld in artikel 38, § 2, dienen als basis.

Na het gesprek stelt de onmiddellijke hiërarchische meerdere een verslag op. Dit verslag wordt ter kennis gebracht van de ambtenaar die eventueel zijn opmerkingen eraan toevoegt. De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal bepaalt de nadere vorm van het verslag.

De directieraad wijst de onmiddellijke hiërarchische meederen aan van wie de naam vooraf is meegedeeld door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal. Hierbij kan het gaan om ambtenaren, contractuele personeelsleden en personeelsleden die door het onderwijs met een opdracht voor het Ministerie zijn belast.

§ 2 - De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal verricht de evaluatie nadat hij bovenvermeld verslag heeft gelezen en een gesprek met de ambtenaar heeft gehad."

Art. 20. Artikel 41, § 1, van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt vervangen als volgt :

"§ 1. In afwijking van artikel 39 evalueert de secretaris-generaal het departementshoofd op basis van een verslag van zijn bevoegde plaatsvervanger en na het gesprek bepaald in artikel 39, § 1, eerste lid.

Voor de andere ambtenaren die rechtstreeks onder de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal ressorteren, verricht de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal de evaluatie telkens zonder verslag en zonder ander gesprek dan het gesprek bepaald in artikel 39, § 1, eerste lid."

Art. 21. Artikel 62, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"De overgang naar een hoger niveau is onderworpen aan het slagen voor een vergelijkend overgangsexamen, georganiseerd door de afgevaardigd bestuurder van Selor en waarvan de organisatie telkens door de directieraad besloten wordt. Het examenprogramma wordt bepaald door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal, na overleg met de afgevaardigd bestuurder van Selor en na overleg met de directieraad."

Art. 22. In artikel 69, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "van het personeel" vervangen door de woorden "van de personeelsleden".

Art. 23. In artikel 87.1 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 24. In artikel 87.2 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt § 1 vervangen als volgt :

"§ 1. Op advies van de directieraad kan de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal een toelage toekennen aan een personeelslid dat managements- of stafopdrachten binnen een bepaald werkteerein vervult.

Onder personeelslid verstaat men een contractueel personeelslid, een personeelslid op proef, een ambtenaar van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap of een personeelslid dat door het onderwijs belast is met een opdracht voor het Ministerie.

De departementshoofden ontvangen de toelage voor managements- of stafopdrachten van rechtswege.

In afwijking van het eerste lid kan alleen de minister bevoegd voor Personeel die toelage toekennen aan de leden van de directieraad."

Art. 25. In art. 87.3 van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 5 juli 2007, wordt het tweede lid vervangen door de twee volgende leden :

"In afwijking van het eerste lid schrapt de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal, op advies van de directieraad, vroegtijdig de toelage als het personeelslid geen departementshoofd meer is of geen managements- of stafopdrachten meer vervult.

In afwijking van het eerste lid schrapt de minister bevoegd voor Personeel vroegtijdig de toelage als het personeelslid geen lid meer is van de directieraad of geen managements- of stafopdrachten meer vervult."

Art. 26. In artikel 89 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2 worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd;

2° in § 3, tweede lid, worden na de woorden "De secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 27. In artikel 91 van hetzelfde besluit worden na de woorden "De secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 28. Artikel 104 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"Art. 104. Behoudens andersluidende bepalingen worden de verloven, dienstvrijstellingen en overige afwezigheden toegekend door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger of door een door hem aangewezen vertegenwoordiger.

In elk geval worden de verloven, dienstvrijstellingen en overige afwezigheden voor de departementshoofden toegekend door de secretaris-generaal of diens plaatsvervanger of door een door hem aangewezen vertegenwoordiger."

Art. 29. In artikel 105 van hetzelfde besluit wordt het tweede lid vervangen als volgt :

"Het jaarlijks vakantieverlof wordt door het departementshoofd toegekend. Zo nodig kan het departementshoofd een ander personeelslid van zijn departement met de toekenning van het verlof belasten."

Art. 30. In artikel 117 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid worden na de woorden "bij de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd;

2° het derde lid wordt vervangen als volgt : "De beslissing wordt genomen door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal, na overleg met het betrokken departementshoofd."

Art. 31. In artikel 120 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden na de woorden "bij de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd en wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd";

2° in het tweede lid worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 32. In artikel 121 van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 33. In artikel 125.1, tweede lid, van hetzelfde besluit, ingevoegd bij het besluit van de Regering van 19 oktober 2006, worden de woorden "Secretaris-generaal" vervangen door de woorden "secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal".

Art. 34. In artikel 126, tweede lid, van hetzelfde besluit worden na de woorden "secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 35. In artikel 132 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 2, tweede lid, worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd;

2° in § 3, tweede lid, worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 36. In artikel 137 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het tweede lid wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd";

2° in het derde lid worden na de woorden "aan de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd en wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 37. In artikel 139, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 38. In artikel 154, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "dan wordt er de minister bevoegd inzake Personeel of de daartoe gemachtigde secretaris-generaal van verwittigd" vervangen door de woorden "dan wordt de minister bevoegd voor Personeel of de daartoe gemachtigde secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal daarvan op de hoogte gebracht".

Art. 39. Artikel 155, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt : "De ambtenaar-controleur brengt de minister bevoegd voor Personeel of de daartoe gemachtigde secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal daarvan op de hoogte".

Art. 40. In artikel 158 van hetzelfde besluit wordt de tweede zin vervangen als volgt : "De verplichting om een opleiding of voortgezette opleiding te volgen, wordt opgelegd door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal of door het departementshoofd."

Art. 41. In artikel 159, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 42. In artikel 160 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt : "Het departementshoofd beslist over de aanvraag van de ambtenaar binnen tien werkdagen en deelt zijn beslissing schriftelijk mee aan de ambtenaar en aan de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal."

2° het derde lid wordt vervangen als volgt : "De betrokken ambtenaar heeft het recht om beroep in te stellen bij de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal die dan de definitieve beslissing neemt. De secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal informeert de directieraad over de beroepen."

Art. 43. In artikel 162, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 44. Artikel 168 van hetzelfde besluit wordt vervangen als volgt :

"Art. 168. Het opleidingsverlof wordt door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal na overleg met de directieraad toegekend. De beslissing bepaalt het aantal uren verlof voor de betrokken periode.

Ten minste twee maanden vóór het begin van het gewenste verlof dient de ambtenaar zijn met redenen omkleed verzoek langs hiërarchische weg bij de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal in. Het bevoegde departementshoofd voegt er zijn advies bij. Bij de aanvraag wordt een studiebeschrijving en een lijst met de voorziene afwezigheidsperiodes gevoegd."

Art. 45. In artikel 169 van hetzelfde besluit worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 3 worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd;

2° in § 5 worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 46. In artikel 170, eerste lid, van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 47. In artikel 171, eerste lid, van hetzelfde besluit worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 48. In artikel 172, eerste lid, van hetzelfde besluit worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 49. In artikel 173 van hetzelfde besluit worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd en wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 50. In artikel 174 van hetzelfde besluit, vervangen bij het besluit van de Regering van 13 maart 2008, worden de woorden "het afdelingshoofd" vervangen door de woorden "de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal".

Art. 51. In artikel 175 van hetzelfde besluit wordt het tweede lid vervangen als volgt : "De Minister bevoegd voor Personeel neemt een beslissing na het advies van het betrokken departementshoofd en van de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal te hebben ingewonnen en deelt die beslissing schriftelijk mee aan de ambtenaar."

Art. 52. In artikel 187, §§ 2 en 3, van hetzelfde besluit wordt het woord "afdelingshoofd" vervangen door het woord "departementshoofd".

Art. 53. In artikel 199, eerste lid, van hetzelfde besluit worden de woorden "Tuchtstraffen betreffende een afdelingshoofd of secretaris-generaal" vervangen door de woorden "Tuchtstraffen die betrekking hebben op een lid van de directieraad".

Art. 54. In artikel 201 van hetzelfde besluit wordt het eerste lid vervangen als volgt :

"Het voorstel dat ertoe strekt een tuchtstraf op te leggen wordt door het bevoegde departementshoofd gedaan. Betreft het voorstel een departementshoofd, dan wordt het door de secretaris-generaal of plaatsvervangende secretaris-generaal gedaan; betreft het voorstel een lid van de directieraad, dan wordt het door de minister bevoegd voor Personeel gedaan."

Art. 55. In artikel 217, eerste lid, van hetzelfde besluit worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd.

Art. 56. In artikel 221 van hetzelfde besluit worden na de woorden "de secretaris-generaal" de woorden "of plaatsvervangende secretaris-generaal" ingevoegd en worden de woorden "artikel 4 tweede lid" vervangen door de woorden "artikel 24, eerste lid".

Art. 57. De bestuursdirecteurs die op het ogenblik van inwerkingtreding van dit besluit lid van de directieraad zijn en tot dat ogenblik een afdeling van het Ministerie hebben geleid, worden vanaf de inwerkingtreding van dit besluit voor vijf jaar aangewezen als plaatsvervangende secretaris-generaal.

Art. 58. Medewerkers die op het ogenblik van inwerkingtreding van dit besluit een departement van het Ministerie leiden en de toelage voor managements- of stafopdrachten ontvangen die wordt toegekend met toepassing van artikel 87.2 van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren, worden vanaf de inwerkingtreding van dit besluit voor vijf jaar aangewezen als departementshoofd.

Art. 59. Dit besluit treedt in werking op 1 februari 2013.

Art. 60. De Minister-President, bevoegd voor Personeel, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 17 januari 2013.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
De Minister-President, Minister van Lokale Besturen,
Karl-Heinz LAMBERTZ

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2013/200946]

23 JANVIER 2013. — Arrêté ministériel portant création de la zone humide d'intérêt biologique de « La Vallée du Mârsau » à Libin (Smuid)

Le Ministre des Travaux publics, de l'Agriculture, de la Ruralité, de la Nature, de la Forêt et du Patrimoine,

Vu la loi du 12 juillet 1973 sur la Conservation de la Nature, l'article 41 modifié par le décret du 6 décembre 2001;
Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 8 juin 1989 relatif à la protection des zones humides d'intérêt biologique, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 10 juillet 1997;

Vu l'avis du Conseil supérieur wallon de la Conservation de la Nature, donné le 27 novembre 2012;